

22. Juni 1967.

A u f z e i c h n u n g

Beitrag an operationelle Tätigkeit ONUDI

- I. Bekanntlich haben wir im Dezember 1966 dem Generalsekretär der UNO gemeldet "que le Gouvernement suisse, désireux de manifester son intérêt pour les activités de l'ONUDI dans le domaine industriel, envisage de verser une somme de francs suisses 1 million à cette fin." Angesichts der andauernden Verwirrung innerhalb der ONUDI haben wir über diese Million, die vom Bundesrat im Rahmen des PNUD-Beitrags bewilligt wurde (10 Mio Fr. plus 1 Mio Fr. für Industrialisierung), noch nicht verfügt. (Für tatbeständliche Einzelheiten vgl. Notiz Martin, T.Z., vom 24. Mai.)
- II. Dr. Hegner von den I.O., der als Delegationsmitglied an der zurzeit laufenden Jahrestagung des PNUD-Rates in Genf teilnimmt, sucht mich am 15. Juni, nach seinen Angaben im Auftrag des Delegationschefs, Minister Marcuard, auf, um folgendes darzulegen:
- Die Schweiz hat vor einem halben Jahr für 1967 eine Industrialisierungsmillion für 1967 "versprochen". Es ist nun Juni, ohne dass wir dieses Versprechen eingehalten hätten. Dies sollte korrigiert werden. Herr Marcuard habe die Lage mit einigen seiner Delegationsmitglieder, u.a. den Herren Hegner und Vermeil, geprüft; auch Herr Dahinden (Beobachter New York) sei anwesend gewesen. Man sei zum Schluss gelangt, dass vorgeschlagen werden sollte, die Million dem PNUD und der ONUDI gemeinsam zur Verfügung zu stellen, damit aus ihr etwa 5 bis 6 "industrial advisers" finanziert werden könnten, wofür die Mittel heute fehlten. Diese Berater hätten zur Aufgabe, geeignete Industrialisierungsprojekte auf regionaler Basis in Entwicklungsländern auszuarbeiten, deren Ausführung dann der ONUDI (als "operating agency") anvertraut

würde. Die Abmachung wäre in einem Briefwechsel etwa folgenden Wortlauts festzusetzen :

A sum of 1 mio francs to be deposited in trust for joint administration by UNDP and UNIDO for the purpose of an interim arrangement to cover the cost of industrial advisers to work in close cooperation with the Resident representatives, the assignment of these advisers to be arranged jointly by UNDP and UNIDO in consultation with the host countries concerned.

Periodic reports will be made to the Swiss government on the state of the fund.

Die Idee scheint vom PNUD-Sekretariat ausgegangen zu sein. Das PNUD habe zu wenig Industrieprojekte. Mit Hilfe unserer Million würde dem abgeholfen. Der Plan hätte zudem den Vorteil, dass die "industrial advisers" den "Resident representatives" des PNUD temporär zugeteilt würden, womit dem Bestreben des ONUDI-Sekretariates, ein eigenes permanentes Netz aufzubauen, von Anfang an ein Riegel geschoben werde. Gleichzeitig würde die Doppelspurigkeit PNUD-ONUDI ausgeglichen. Schliesslich könnten wir dadurch vermeiden, unsere Million entgegen unserem Wunsch ausschliesslich der ONUDI zuzuwenden. Herr Marcuard möchte - gemäss Dr. Hegner - mein Einverständnis zum Plan haben, um ihn mit Hoffman wieder aufnehmen zu können. Entweder sollten Hoffman oder ich selbst darüber mit Abdel Rahman (ONUDI) sprechen. Jedenfalls sollte die Sache innerhalb der nächsten 10 Tage, solange die Tagung des PNUD-Rates andauert, in Gang kommen.

III. Meine Entgegnung:

Das Argument, wonach wir mit der Auszahlung unserer "Industrialisierungsmillion" nicht länger zuwarten dürfen, beeindruckt mich in keiner Weise. Wir haben zwar diesen Betrag in Aussicht gestellt. Es fehlen aber noch sämtliche Voraussetzungen für eine nutzbringende Verwendung. Die ONUDI befindet sich in einem chaotischen Zustand. Die Ratssitzung vom April hat noch mehr verwirrt

als geklärt. Gefährliche, egoistische Autonomiebestrebungen Abdel Rahmans, aber noch keinerlei allgemeine Richtlinien und kein Arbeitsprogramm. ONUDI ausserdem bis auf weiteres durch Umzug nach Wien paralysiert. Vor dem Herbst ist ein vernünftiges Gespräch kaum mehr möglich. Eventuell wird hierfür sogar zuerst die Durchführung des Industrie-Kolloquiums vom Dezember in Athen abgewartet werden müssen. Unter solchen Umständen unsere Million "aufzudrängen", wäre wenig sinnvoll. Auch das Finanzdepartement würde dem m.E. schwerlich beipflichten. Es sei übrigens unzutreffend, dass die Mittel für Industrialisierung heute fehlen; im Gegenteil: nach unsern Informationen stehen der ONUDI gegenwärtig via PNUD, SIS und regulärem Programm der UNO rund 15 Mio \$ unbenützter Mittel zur Verfügung. Die Wirksamkeit der neuen Organisation hänge im übrigen weniger von neuen Finanzmitteln, als von besseren Arbeitsmethoden ab. Auch die Behauptung, dass zu wenig Industrialisierungsprojekte vorlägen, sei m.W. zweifelhaft: die ONUDI soll vielmehr gemäss Angaben von Dir. Cohen vom PNUD demnächst mit der Durchführung von 20 Projekten betraut werden. "Industrial advisers" schweizerischerseits zu finanzieren, ohne die Gewähr zu besitzen, dass es sich um qualifizierte Leute handelt und dass ihre Tätigkeit im Rahmen unserer Konzeption liegt (realistische Industrialisierung, die auf Landwirtschaftsproduktion und eigener Rohstoffbasis der Entwicklungsländer von unten her aufbaut), widerspräche der Vernunft; wir würden allenfalls Gefahr laufen, nachträglich Projekte, deren Planung unbesehen von uns finanziert würde, ablehnen zu müssen ! Die ganze Sache erscheine noch zu wenig reif. Ich sei deshalb der Meinung, noch zuzuwarten und die Angelegenheit im Herbst wieder aufzunehmen.

IV. Besprechung vom 16. Juni mit Dr. Pestalozzi auf dessen Wunsch.

Hat vom Projekt Kenntnis erhalten und fragt sich, ob nicht gewisse Missverständnisse vorliegen. Auch er möchte die Dinge vorerst noch etwas ausreifen lassen. Wir einigen uns schliesslich auf ein Vorgehen in zwei Phasen :

- 4 -

1. Phase : Sondierung Botschafter Marcuards bei Hoffman, was mit der Million allenfalls nutzbringend geschehen könnte und was er ganz unverbindlich von der Idee einer Finanzierung von "industrial advisers" im eingangs erwähnten Sinne persönlich halten würde.
2. Phase : Nicht vor August eventuelle Sondierung, je nach Ausgang des Kontaktes mit Hoffman, auch in Wien bei der bis dann dort etablierten ONUDI. Vor zweiter Phase indessen unbedingt noch internschweizerische Neubeurteilung der Lage.

Auf jeden Fall sollte vermieden werden, dass unsere in Aussicht gestellte Million, mit der wir bisher taktisch nicht ohne Erfolg operierten (Ratssitz), dem PNUD als Werkzeug zur Einengung der ONUDI dienen könnte. Denn damit wäre der Zweck - so sehr auch die Bestrebungen des PNUD unsere Sympathie finden - verfehlt. Man wird vielmehr weiter mit Umsicht, unter Voranstellung unseres eigenen Interesses, handeln müssen.

